

Helmut Reifeld **Moderate Spitze – radikale Basis?**

Das Bild des Hindunationalismus in den indischen Medien

Die politischen Stellungnahmen, die in den indischen Medien das öffentliche Image des Hindunationalismus prägen, spiegeln seit langem ein breites Meinungsspektrum wider. Aber auch innerhalb der verschiedenen hindunationalistischen Strömungen, die zur Zeit als die stärksten politischen Bewegungen in Indien angesehen werden können, ist die Meinungsvielfalt nicht zu übersehen. Im Folgenden sollen knapp die dominierenden Themen dargestellt werden, die das Medieninteresse an der *Hindutva*, der ideologischen Bewegung zur Hinduisierung Indiens, im vergangenen Halbjahr beherrschten. Dabei soll vor allem dem ambivalenten Selbstverständnis und der aktuellen Ideologiebildung innerhalb der Sangh Parishad, der „Familie“ derer, die den Hindunationalismus unterstützen, Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ferner geht es um das Spannungsverhältnis zwischen der anscheinend gemäßigten Führung der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) und den radikalen, teilweise zur Gewalt bereiten Basisorganisationen wie die beiden großen RSS und VHP oder auch die relativ kleineren wie die Bajrang Dal oder die Hindu Jagran Manch. Es soll aufgezeigt werden, welche Themen die derzeitige öffentliche Meinung über den Hindunationalismus und seine Akzeptanz in Indien bestimmen.

Der Aufstieg der BJP in den vergangenen 15 Jahren war stets eines der herausragenden Themen in den indischen Medien. Die 1980 gegründete Partei, die 1984 lediglich zwei Parlamentssitze erringen konnte, fand vor allem in den neunziger Jahren kontinuierlich mehr Zustimmung. Hierfür sind eine

Viele der Fragen, von denen die Einschätzungen der aktuellen politischen Entwicklung in Indien geleitet werden, richten sich auf den Charakter und die Entwicklungstendenzen des Hindunationalismus. Handelt es sich um eine einheitliche Bewegung, die auf ein erkennbares Ziel gerichtet ist, oder dominieren Vielfalt und das Nebeneinander unterschiedlicher politischer Kräfte? Worauf basiert die Anerkennung, die der Hindunationalismus in Indien findet? Steht den radikalen Ausschreitungen gegen Muslime und Christen eine moderate politische Spitze gegenüber, die sich hiervon merklich unterscheidet?

1) Vgl. hierzu: Partha S. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism. From Periphery to Centre*, Manohar, 460 Seiten, New Delhi 1999.

Reihe unterschiedlicher Gründe und Umstände geltend gemacht worden, die vor allem im wirtschaftlichen Bereich, aber auch in der Außen- und Gesellschaftspolitik liegen.¹⁾ Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht jedoch immer wieder die Ideologiebildung, die Schaffung eines neuen und stolzen indischen Nationalgefühls, von dem diese Partei an die Macht getragen worden ist und das sie politisch repräsentiert.

Dem stehen aber auch Tendenzen gegenüber, auf die immer wieder kritisch hingewiesen wird. Als eine der wichtigsten ist erstens zu nennen, dass es die Partei nur begrenzt geschafft hat, ihre elitäre Führungsstruktur demokratischen Erfordernissen anzupassen. Während Anfang der neunziger Jahre die Hälfte der BJP-Politiker aus den oberen Hindukasten stammte und fast alle männlich waren, sind in den vergangenen Jahren zwar große Anstrengungen unternommen worden, sowohl den Anteil von Frauen als auch von Unterkastigen und Ureinwohnern zu steigern, die tatsächlichen Veränderungen sind jedoch sehr begrenzt. Auf der religiösen Ebene versucht die *Hindutva*, brahmanisch geprägte Glaubenshaltungen zu verallgemeinern und zu kanonisieren, während das tatsächliche Spektrum der Glaubensinhalte in der Bevölkerung überhaupt, aber vor allem auch innerhalb des Hinduismus so breit ist, dass es vom Atheismus bis zum Animismus reicht. Diese Breite der Glaubensformen auf eine Hauptströmung verpflichten zu wollen, ist nur über eine Aufhebung der Vielfalt möglich.

Ebenso hat sich zweitens in den vergangenen Jahren das krasse Missverhältnis zwischen Nord- und Südindien nur geringfügig verändert, da die BJP in Südindien bisher nur in Ausnahmefällen auf nennenswerte Erfolge hinweisen kann. Die dritte und wichtigste Tendenz ist die fortbestehende Ambivalenz im politischen Erscheinungsbild der Partei, das von Anfang an gekennzeichnet war durch ein Oszillieren zwischen den zeitweise sehr moderaten Tönen, die derzeit vor allem von Premierminister Atal Behari Vajpayee, von Finanzminister Yaswant Sinha und Außenminister Jaswant Singh zu hören sind, und den teilweise sehr viel schärferen Äußerungen von Seiten der Hardliner wie Innenminister L. K. Advani, Kulturminister Murli Manohar Joshi oder der Ministerin

für Sport, Uma Bharti. Für die politische Zukunft der BJP ausschlaggebend scheinen jedoch nicht in erster Linie diese Differenzen innerhalb der Führungsspitze zu sein, als vielmehr ihr Image in der Wählerschaft, die sich zu einem großen Teil mit sehr viel radikaleren Gruppen identifiziert.

■ Einfluss und Kontrolle: Das Verhältnis der RSS zur BJP

Über den Einfluss der rechtsradikalen, hinunationalistischen Basisorganisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) auf die BJP berichten und spekulieren die Medien seit Jahren kontinuierlich. Die RSS ist gleichsam die Mutterorganisation, die – mehr als 50 Jahre älter als die BJP – diese als ihren „politischen Arm“ hervorgebracht hat. Die meisten Führungspersönlichkeiten der BJP, einschließlich des Premierministers, stammen aus der RSS und der Austausch von Informationen sowie die Beratung der BJP von seiten der RSS sind sehr intensiv. Sie verstehen sich als eine große Familie („Sangh Parivar“), deren Angehörige vielleicht unterschiedliche Wege gehen können, deren Ziele jedoch gemeinsam bleiben.

Seit die BJP die oberste Regierungsverantwortung errungen hat, konnte sie sich begrenzt dem bestimmenden Einfluss der RSS entziehen. Sobald sich jedoch Schwierigkeiten auftaten, wurde der mütterliche Rat auch in den Medien bekannt. Dabei richtet sich der Anspruch auf Mitsprache von seiten der RSS sowohl auf die politischen Inhalte als auch auf die Personalentscheidungen. Doch das Verhältnis ist seit langem gespannt, denn auf der einen Seite wissen die Führer der RSS, dass sie ihren politischen Erfolg zum großen Teil dem moderaten Image Premierminister Vajpayees zu verdanken haben, auf der anderen Seite ist die „Familie“ aber unzufrieden, weil der Premierminister in zu vielen Bereichen ihre Interessen ignoriert. In den indischen Medien werden die ideologischen Ziele der Sangh Parivar überwiegend als ein „rassistisches Konzept“ dargestellt, das zu akzeptieren sich keine moderne Gesellschaft leisten könne und das als theoretische Grundlage eines indischen Nationalstaates ungeeignet sei (vgl. *The Hindu*, 11.12.2000).

Das politische Profil der RSS wird international als „fundamentalistisch“ und besorgniserregend empfunden. Es wird beherrscht von dem Bild der zum

Morgenappell angetretenen „Soldaten“, die – mit Bambusstöcken bewaffnet und in kurzen Khaki-Hosen – sich vor der Sonne verneigen. Politisch scheinen sie mehr an einem allgemeinen Verbot der Kuh-schlachtung interessiert als an einer Lösung der sozialen Probleme des Landes. Sie hassen den Pluralismus, die politische Vielfalt und die demokratische Konfliktlösung, die von den indischen Medien in der Regel als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Als die RSS Mitte Oktober 2000 in Nagpur ihren 75. Geburtstag feierte, profilierte sich ihr neuer, erst im März 2000 gewählter „Führer“, Kuppahalli Sitaramaiyya Sudarshan, mit deutlichen und richtungweisenden Bemerkungen, die allgemeine Empörung hervorriefen. Er verkündete, dass das 21. Jahrhundert in Indien von der *Hindutva* geprägt sein müsse. Hierzu sei erstens erforderlich, dass der Islam „indisiert“ werde. Muslime sollten die indischen Gottheiten Ram und Krishna als nationale Helden anerkennen, deren Blut auch durch ihre Adern ströme, und sich damit der religiösen „Hauptstömung“ auf dem Subkontinent, sprich der *Hindutva*, anpassen. Derzeit leben in Indien rund 130 Millionen Muslime. Sie bilden die größte religiöse Minderheit in Indien und nach Indonesien die zweitgrößte Muslimbevölkerung weltweit.

Sudarshans zweite Forderung war nicht weniger provokativ als die erste. Die RSS trete dafür ein, die christlichen Kirchen in Indien (ähnlich wie in China) zu nationalisieren. Der Vatikan sei eine „intolerante“ Organisation und die christlichen Kirchen seien Teil einer „politischen Verschwörung“, die darauf abziele, Indien zu destabilisieren. Seiner Ansicht nach dürften „ausländische“ Kirchen nicht das Recht haben, „ihre Aktivitäten auf indischem Boden“ zu entfalten. Unerwähnt ließ Sudarshan, dass Christen schon seit dem ersten Jahrhundert in Indien leben, und dass ihre Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen überall in Indien zu den angesehensten zählen.

Der dritte Angriff Sudarshans richtete sich schließlich gegen alle Tendenzen, die Indien in den Sog der Globalisierung ziehen. Internationale Firmen und die Weltbank, die WTO und der IMF, alle müssten bekämpft und aus dem Lande gedrängt werden. Es gäbe weder Bedarf an ausländischem Kapital noch an einem erhöhten Stromverbrauch. Schon bei früherer

Gelegenheit hatte er erklärt, Indien brauche keine „Information Technology“ und kein ausländisches Öl, sondern verfüge über reichlich Zuckerrohr, Ethanol und *gobar* (Kuhdung). (*India Today*, 23. und 30.10.2000)

In den Äußerungen Sudarshans spiegelt sich nicht nur sehr viel Ignoranz wider, sondern vor allem eine reaktionäre Politik. Und hierin liegt eines der Hauptprobleme für die regierende BJP. Zwar macht Innenminister L. K. Advani, der auch an den Feierlichkeiten in Nagpur teilgenommen hat, keinen Hehl daraus, dass er die RSS als die „moralische Autorität“ der BJP betrachtet und ihre Bedeutung mit der des Mahatma Gandhi auf eine Stufe stellt. Glaubt man Advani, gilt die gleiche Verbundenheit auch für Premierminister Vajpayee, obwohl dies in den Medien eher als eine Schutzbehauptung interpretiert wird. Denn immer mehr Politiker in der BJP versuchen, sich von der radikalen RSS zu distanzieren, um vor allem international nicht noch weiter in Verruf zu geraten. Und auch der Premierminister zeigte sich über die Äußerungen Sudarshans ungehalten, da sie für ihn das ohnehin labile Gleichgewicht in der Regierungskoalition ins Wanken bringen (*India Today*, 7.05.2001).

Allerdings hat die BJP es schon immer vermocht, sehr geschickt und erfolgreich mit doppelter Zunge zu reden. Eine Mehrheit in der Partei versucht gerade, durch eine weitere ökonomische Öffnung des Landes international Kredit zu gewinnen. Die indischen Muslime werden explizit eingeladen, sich der BJP anzuschließen, und nicht wenige BJP-Politiker schicken ihre Kinder auf christliche Schulen. Bangaru Laxman, bis zum April dieses Jahres Parteivorsitzender der BJP, bekräftigte öffentlich, dass die RSS nicht das „Gewissen“ der BJP verkörpere. Dennoch bleibt die Haltung der BJP gegenüber der RSS äußerst ambivalent, denn es herrscht große Unsicherheit in der Frage, ob nicht die RSS viel mehr von der Stimmung in der Bevölkerung widerspiegelt als es einigen „moderaten“ Politikern lieb ist. Es ist leicht, gegenüber der internationalen Presse zu erklären, dass Kirchen, Moscheen und Gurdwaras (die Tempel der Sikhs) in gleicher Weise zum Erscheinungsbild des Landes gehören wie Hindutempel. Spätestens bei der nächsten

Wahl wird die BJP wieder maßgeblich auf die Unterstützung durch die RSS angewiesen sein.

Glaubt man den indischen Medien, hat der Druck der RSS auf die Führung der BJP in den letzten Monaten stark zugenommen. Lange Zeit konnte der Premierminister recht erfolgreich dem Eindruck entgegenwirken, lediglich Befehlsempfänger dieser hindunationalistischen Basisorganisation zu sein; denen gegenüber er seine Entscheidungen allenfalls noch mit Hinweisen auf „Koalitionswänge“ zu rechtfertigen vermochte (*The Hindu*, 1.4.2001). Offensichtlich nimmt die RSS hierauf jedoch keine Rücksicht mehr und ist sogar bereit, für ihre Interessen die derzeitige Regierungskoalition aufs Spiel zu setzen. Ihre Kritik richtet sich vor allem gegen Finanzminister Yaswant Sinha, dessen liberale Wirtschaftspolitik als „anti-national“ verurteilt wird, und gegen Sicherheitsberater Brajesh Mishra, der zu viele Kontakte zum Westen unterhalte und nicht scharf genug gegen Pakistan vorgehe. Indirekt richtet sich diese Kritik natürlich gegen den Premierminister, in dessen „Büro“ die RSS dringend mehr eigene Leute eingeschleust wissen will. Aus der Sicht der RSS sind die Erfolge Vajpayees im Schwinden begriffen und er kann sich nur deshalb noch halten, weil er von Innenminister L. K. Advani gestützt wird (*Outlook*, 28.05.2001).

■ **Fundamentalismus im Rechtsstaat: Das Erbe von Ayodhya**

Obwohl die Anfänge der *Hindutva* bis ins frühe 20. Jahrhundert zurückreichen, wurde sie erst in den achtziger Jahren zu einer Massenbewegung, deren Mainstream auf eine gewaltbereite, populistische Richtung festgelegt werden konnte. Ein Kernbereich der *Hindutva*, in dem das völlige Fehlen von Kompromissbereitschaft auf Seiten der radikalen, hindunationalistischen Basisorganisationen besonders deutlich wird, bildet der Neubau von hinduistischen Tempeln an Orten, wo angeblich die muslimischen Eroberer zwischen dem 11. und 17. Jahrhundert ältere Tempel abgerissen haben, um an deren Stelle Moscheen zu errichten. Diese historisch in der Regel unhaltbare Perzeption ist zum dominierenden Feindbild geworden, und in ihr liegt spätestens seit 1992 ein gesellschaftlich äußerst explosiver Sprengstoff. Die Vishwa Hindu Parishad (VHP), der Weltrat der

Hindus, fordert inzwischen den Neubau von Tempeln an rund 2000 Orten, wo derzeit noch Moscheen stehen. Die RSS beschränkt ihre Forderung auf die drei Orte Ayodhya, Mathura und Varanasi, wo zur Zeit die drei am stärksten gefährdeten Moscheen mit einem immensen Aufwand an Sicherheitskräften rund um die Uhr hermetisch abgeriegelt werden, um sie vor der Zerstörung zu schützen. Die BJP begnügt sich sogar in ihrem letzten Wahlkampfmanifest mit der Forderung nach einem Tempelneubau in Ayodhya, und Innenminister L. K. Advani hat angeboten, seine guten Kontakte zur VHP und zur RSS zu nutzen, um deren Forderungen zurückzuschrauben, falls der Neubau in Ayodhya genehmigt würde (*The Hindu*, 1.04.2001).

Der 6. Dezember 1992, an dem ein Mob von fanatisierten Hindus „mit ihren bloßen Händen und Zähnen“ – wie Salman Rushdie es beschrieben hat – die Babri-Moschee in Ayodhya zerstörte, war einer der bisher schwärzesten Tage in der Geschichte Indiens seit der Unabhängigkeit. In den darauf folgenden Tagen kam es an vielen Orten in Indien, vor allem in Bombay, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen, bei denen über 1000 Menschen getötet wurden. Der Gewaltakt von Ayodhya ist seitdem zu einer Art „Wasserscheide“ (Ashis Nandy) der indischen Politik geworden, da die meisten Hindunationalisten bis heute bemüht sind, ihn zu rechtfertigen und sich damit gleichzeitig von den auch in Indien verwurzelten Traditionen der Toleranz, des Pluralismus und der demokratischen Konfliktlösung distanzieren.

Die Rechtfertigungsversuche von seiten der Hindunationalisten sollten jedoch nicht als repräsentativ für den Hinduismus gesehen werden. Swami Agnivesh, einer der exponiertesten Vertreter des religiösen Hinduismus in Delhi, hat jüngst in einem brillanten Artikel darauf hingewiesen, dass der Gewaltakt von Ayodhya letztlich überhaupt keinen religiösen Hintergrund habe, sondern im Gegenteil die religiösen Anliegen korrumpiere. Aus seiner Sicht handelte es sich 1992 allein um eine abenteuerliche politische Agitation im Machtkampf zwischen der BJP und dem Congress(I), vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse. Dementsprechend war es kein Zufall, dass die Mobilisierung für den Bau eines Ram-

Tempels in Ayodhya 1990 begann, nachdem die damalige Congress-Regierung beschlossen hatte, die Empfehlungen der Mandal-Kommission umzusetzen und dadurch weitere Quoten für Unberührbare und „rückständige Kasten“ in öffentlichen Positionen einzuführen. Dies gefährdete die Monopolstellung zahlreicher hochkastiger Hindus und eignete sich als Folie für die geplante Agitation (*The Hindu*, 6.05.2001).

Die Folgen des Gewaltakts von Ayodhya wirken nicht nur bis heute nach, ihnen wird auch noch in den kommenden Jahren eine Schlüsselfunktion für das Image des Hindunationalismus zukommen, und zwar vor allem aus zwei Gründen: Zum einen, weil die strafrechtlichen Folgen noch immer ungeklärt sind, und zum andern, weil die radikalen Basisorganisationen darauf drängen, dass spätestens im März 2002 mit dem Neubau eines Ram-Tempels in Ayodhya an dem Ort begonnen werden müsse, an dem die zerstörte Moschee stand. Dieses Ultimatum wird in den indischen Medien allgemein sehr erst genommen, da ihm eine andere öffentliche Kontroverse vorausgegangen war. Am 6. Dezember 2000, dem Jahrestag der Zerstörung der Babri-Moschee, hatte Premierminister Vajpayee sich unerwartet deutlich zu seinen hindunationalistischen Wurzeln bekannt, als er erklärte, dass der Bau dieses Ram-Tempels in Ayodhya Ausdruck des indischen Nationalgefühls sei (*a matter of national sentiment*). Diese Äußerung, die er in den folgenden Tagen noch zweimal wiederholte, zog eine Welle von Protesten nach sich, nicht nur aus der politisch interessierten Öffentlichkeit, sondern auch aus den Reihen der Koalitionspartner in der Regierung. Vajpayee hatte sich in den vergangenen Jahren mit derartigen Äußerungen sehr zurückgehalten, um den Zusammenhalt der Regierungskoalition nicht zu gefährden. Große Zustimmung fand seine Bemerkung jedoch unter den Führern von RSS und VHP, die jetzt massiv darauf drängen, dass die Vorbereitungen für den Neubau vorangetrieben werden.

Da die Äußerungen des Premierministers offensichtlich kein Versprecher waren, öffneten sie der Interpretation Tür und Tor. Für viele dienten sie als Beweis, dass auch Vajpayee den hindufundamentalistischen Kreisen zuzurechnen sei. Er habe schließlich seine „liberale Maske fallen lassen“ und gezeigt, dass

er diejenigen in der Sangh Parivar unterstütze, die den Ram-Tempel an derselben Stelle errichten wollen, wo die Babri-Moschee zerstört worden ist (*The Hindu*, 11 und 12.12.2000). Anderen Interpretationen zufolge habe er lediglich ein wenig dem Druck nachgegeben, den die Führer von VHP und RSS, mit denen er in dieser Zeit wiederholt zusammengetroffen war, auf ihn ausgeübt hatten. Diese Beschwichtigung (*appeasement*) der Fundamentalisten sei nötig gewesen, da er sich bei dem Waffenstillstand in Kaschmir allzu friedliebend verhalten habe (*Frontline*, 5.01.2001).

Es spricht einiges für diese zweite Interpretation, zumal der Premierminister gleichzeitig daran erinnerte, dass nach wie vor eine abschließende juristische Entscheidung in diesem Streit ausstehe und diese abgewartet werden müsse. Ferner wies er auf die Möglichkeit hin, dass beide Seiten sich friedlich und einvernehmlich darauf verständigen könnten, an welchem Ort sowohl die Moschee wieder aufgebaut als auch der entsprechende Tempel neu errichtet werden könnten. Hardliner wie die beiden BJP-Abgeordneten Chinmayananda und Aditya Nath wollten jedoch von solchen Überlegungen nichts wissen. Es sei an der Zeit, so gaben sie kurz darauf zu Protokoll, dem juristischen Prozedere in dieser Sache ein Ende zu setzen und auf der legislativen Ebene den Weg für den Bau des Ram-Tempels freizumachen. Ram Prakash Gupta (BJP), der Ministerpräsident von Uttar Pradesh, erklärte, dass die BJP auch weiterhin dem Tempelneubau verpflichtet bleibe. Und Innenminister L. K. Advani wies alle Vorwürfe mit dem Hinweis zurück, dass man sich für seine Ideologie nicht zu entschuldigen brauche (*Frontline*, 5.01.2001).

Demgegenüber brachte die Opposition erneut den Antrag ein, die drei Minister L. K. Advani, Murli Manohar Joshi und Uma Bharti, gegen die in dieser Sache Strafverfahren wegen der Zerstörung der Babri-Moschee und des Aufrufs zur Gewalt anhängig sind, aus der Regierung zu entlassen. Der Antrag wurde am 14. Dezember 2000 mit großer Mehrheit vom Parlament abgelehnt. Ferner hat die Opposition dem Premierminister vorgeworfen, dass er die Interessen eines Teils der Bevölkerung für „national“ erkläre, dass er eine Majorisierung und Ausgrenzung von Minderheiten unterstütze und dadurch seinen Amts-

eid verletze, in dem er sich verpflichtet habe, sich für den Schutz aller Bevölkerungsteile einzusetzen. Und schließlich habe er der Judikative nicht den nötigen Respekt entgegengebracht und der ausstehenden Gerichtsentscheidung vorgegriffen, wenn er BJP-Präsident Laxman erklären lasse, dass die Angeklagten unschuldig seien.

Es wird seit langem kritisiert, dass die Gerichtsverfahren wegen der Zerstörung der Babri-Moschee seit vielen Jahren von den Gerichten verschleppt werden. Angeklagt sind neben den drei oben genannten Ministern auch der frühere Ministerpräsident von Uttar Pradesh, Kalyan Singh, der Vorsitzende der rechtsradikalen Regionalpartei Shiv Sena, Bal Thackeray, die beiden Präsidenten der VHP, Ashok Singhal und Giriraj Kishore, sowie zahlreiche weitere Exponenten der *Hindutva*. Zwar sind derartig lange Zeiträume für Gerichtsverfahren in Indien keine Seltenheit, aber in einem solch exponierten Fall schadet es dem Ansehen der Judikative besonders. In seiner Entscheidung vom 4. Mai 2001 hat nunmehr das zuständige Sondergericht in Lucknow (der Landeshauptstadt des Bundesstaates Uttar Pradesh, in dem Ayodhya liegt), die Strafanzeigen an die Landesregierung mit der Bitte zurückverwiesen, die Begründungen noch einmal zu überprüfen. Dieser Schritt dürfte kaum dazu angetan sein, den Abschluss der Verfahren zu beschleunigen. Eine weitere Anhörung zehn Tage später nutzte Innenminister L. K. Advani zu dem Hinweis, dass die Mobilisierung der Massen im Vorfeld der Zerstörung 1992 dazu beigetragen habe, „den Nationalismus zu stärken“ (Times of India, 15.05.2001).

Sowohl die Kontroverse um die Äußerungen von Premierminister Vajpayee als auch die Verzögerungen in den anhängigen Strafverfahren gaben offensichtlich der Kampagne für den Tempelbau in Ayodhya neuen Auftrieb und führten zu der ultimativen Erklärung der VHP, dass spätestens bis zum 12. März 2002 mit dem Neubau des Ram-Tempels begonnen werden müsse. Sollte bis dahin der Grund und Boden in Ayodhya nicht freigegeben werden, würden die Aktivisten der VHP ihn gewaltsam erobern. Alle, die 1992 mitgeholfen hätten, die Babri-Moschee zu zerstören, seien auch in der Lage, einen Tempel zu bauen. Die Steinmetzarbeiten für diesen Neubau, die

seit Jahren vor allem in Rajasthan vorangetrieben werden, stehen kurz vor dem Abschluss. Ähnlich wie im Vorfeld des 6. Dezember 1992 soll ein gewaltiger Volksmarsch von Somnath in Gujarat nach Ayodhya stattfinden, für den Millionen Menschen mobilisiert würden. Da zum einen das vorgesehene Gelände in Ayodhya polizeilich abgesperrt ist und ohne eine Gerichtsentscheidung nicht freigegeben werden darf und zum anderen sehr viele Menschen dagegen protestieren werden, sind der Ausgang und die Folgen einer solchen Aktion unabsehbar (*Frontline*, 16.02.2001).

■ Die Suche des Hindunationalismus nach seinen Wurzeln

Der Aufstieg des Hindunationalismus hat in den vergangenen Jahren unter anderem zu einer intensivierten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit seinen Mythen geführt, die sich auch in den Medien widerspiegelt hat. Hierzu gehört vor allem die Behauptung, es habe in Ayodhya (wie auch an anderen Orten) ursprünglich ältere hinduistische Tempelanlagen gegeben, die von Muslimen zerstört worden seien, um dort Moscheen zu errichten. In ungewöhnlichem Umfang wurden diese Gutachten in den indischen Wochenmagazinen abgedruckt (vgl. *Frontline*, 22.12.2000 und 5.01.2001). Demnach hat es zwar von Seiten der muslimischen (wie auch von Seiten anderer) Eroberer häufig Entweihungen von Kultstätten gegeben, aber diese standen in unterschiedlichen Kontinuitätslinien und erfolgten in der Regel keineswegs aus religiösen Motiven. Auf der Ebene der Volksreligiösität gibt es demgegenüber viele Beispiele für Synkretismus und die gemeinsame Nutzung von Kultstätten – auch zwischen Hindus und Muslimen. Insofern es jedoch Zerstörungen gegeben hat, sind diese in den meisten Fällen nicht mehr eindeutig nachweisbar. Dies ist auch in Ayodhya der Fall. Es hat deshalb wenig Sinn, über vermeintliche historische Sachverhalte zu streiten, sondern es geht letztlich allein um aktuelle Sinngebung und Ideologisierung.

Ein anderer Aspekt der Ideologiebildung der *Hindutva*, über den in der letzten Zeit in den Medien viel berichtet wurde, ist deren Suche nach ihren tatsächlichen oder vermeintlichen hinduistischen und arischen Wurzeln. Im Zentrum der Aufmerksamkeit

steht dabei unter anderem der mehr als umstrittene Anspruch vieler Vertreter der *Hindutva*, dass die von ihnen vertretenen Werte sämtlich auf der Grundlage der Veden basieren (*The Hindu*, 6.02.2001). Die Ergebnisse der historischen Forschung stehen dabei immer wieder in deutlichem Kontrast zu der massiven und weit verbreiteten Propaganda von seiten der RSS und des VHP. Aber die gehobene Tages- und Wochenpresse hält dem entgegen und versucht durch ständig neue Artikel, der historischen Mythenbildung entgegenzuarbeiten. Dabei wird immer wieder betont, dass es in Indien kaum dauerhafte Identitäten gibt, dass der Subkontinent auch schon in der Antike durch eine Vielfalt ethnischer, sprachlicher und religiöser Einflüsse gekennzeichnet war und dass Christen und Muslime nicht als „fremd“ angesehen und deshalb ausgegrenzt werden können. Die Besessenheit der *Hindutva* von der Suche nach ihrer Identität ist ein aktuell politisches, aber kein historisches Problem (*Frontline*, 13.10.2000).

Vereinfacht formuliert, läßt sich die Suche nach Identität in Indien auf die Frage reduzieren, wie weit man historisch zurückgeht: 500 Jahre, 1000 oder gar 2000 Jahre. Entsprechend lassen sich unterschiedliche Identitäten konstruieren. Besonders problematisch ist die Suche nach einer einheitlichen hinduistischen Identität in der vorkolonialen Zeit, da diesen Konstruktionen immer nur eine lokale Bedeutung zukommt, die mehr auf Kastenstrukturen oder Dorfgemeinschaften basiert als auf Religionszugehörigkeit. In den beiden Wahlkämpfen 1996 und 1998 hatte die BJP den Slogan verbreitet: *One nation, one people, one culture*. In dieser Formulierung spiegelt sich das Ringen um Selbstbehauptung und das Bemühen um Identitätsbildung in nuce. Sie drückt aber auch die Geringschätzung des Anderen, die Verachtung der Minderheiten und deren Majorisierung aus. Denn diese Kombination von Einheiten hat es niemals gegeben, und zahlreiche Minderheiten haben damals massiv und zu Recht gegen diesen Anspruch protestiert. Darüber hinaus lassen sich allein schon für den Anspruch selber, eine einheitliche Kulturnation sein zu wollen, kaum „indische“ Wurzeln finden. Was es allerdings zu allen Zeiten in Indien gegeben hat, war die eine oder andere Dominanz, und diese strebt auch die BJP an.

■ Irrationalität in der Wissenschaft

Wie wenig den Hindunationalisten an einer tatsächlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung gelegen ist, wird an dem aktuellen Streit über die Einführung von Astrologie und vedischem Ritualismus (der Lehre von den *yajnas*) als Forschungs- und Universitätsdisziplinen deutlich. Die *yajnas* beschreiben das Regelwerk, nach dem sich die vielfältigen, zum Teil ganz alltäglichen Kulthandlungen des Hinduismus zu richten haben. Damit bilden sie zwar einen interessanten Gegenstand der Kulturanthropologie, aber keine Wissenschaftsdisziplin an sich. Außerdem bieten sie keinen verbindlichen Kanon, da sich in ihnen die Tatsache widerspiegelt, dass der Hinduismus keine Buchreligion ist, sondern eher eine Lebensweise.

Die aktuelle Kontroverse über die Einführung von Astrologie und vedischem Ritualismus als akademische Disziplinen steht im Kontext der BJP-Personalpolitik. Seit der Regierungsübernahme hat die BJP große Anstrengungen darauf verwendet, die Leitungsfunktionen vor allem auch wissenschaftlicher Institutionen mit eigenen Leuten neu zu besetzen. In diesem Zusammenhang wurde Prof. Hari Mohan Gautam von Kultusminister Murli Manohar Joshi zum Vorsitzenden der University Grants Commission (UGC) bestellt, die landesweit über die Vergabe von staatlich geförderten Forschungsprojekten entscheidet. Seitdem konzentriert Gautam einen großen Teil seiner Energie darauf, den beiden genannten pseudo-wissenschaftlichen Disziplinen die akademischen Weihen zu verleihen, obwohl hierfür keinerlei Nachfrage besteht. Vielmehr handelt es sich um die Oktroyierung eines Weltbildes, wie es der Forderung nach einem Tempelneubau an der Stelle der Babri-Moschee durchaus ähnlich ist. Es gibt weder Interesse an einem rationalen Diskurs, noch an einer demokratischen Entscheidungsfindung (*The Hindu*, 06.04.2001).

Allerdings erfreut sich die Astrologie in Indien großer Beliebtheit und verfügt über eine lange Tradition. Es scheint daher keineswegs abwegig, sie als Instrument der Meinungsbildung nutzen zu wollen. Sie ist bis heute bei allen Hochzeiten, Einweihungen und folgenreichen persönlichen Entscheidungen sehr

gefragt. Es gibt für den Hindunationalismus ein durchaus populistisches Interesse daran, diese Pseudowissenschaft der eigenen Weltanschauung dienstbar zu machen. Obwohl nicht nur die Medien, sondern die meisten wissenschaftlichen und vor allem naturwissenschaftlichen Vereinigungen gegen die Durchsetzung Sturm laufen, ist die Entscheidung hierüber jetzt spruchreif. Gautam spricht der Astrologie den gleichen Wissenschaftscharakter zu wie der Soziologie oder der Politikwissenschaft, die ja ebenfalls über die Ordnung des öffentlichen Lebens Auskunft geben. Welche Kriterien er dabei der Wissenschaftlichkeit zugrunde legt, bleibt unausgesprochen. Die international üblichen, wie vor allem die der rationalen Hypothesenbildung, der intersubjektiven Überprüfbarkeit und vor allem der Falsifizierbarkeit können es nicht sein. Im Lehrgebäude der indischen Astrologie gibt es bis heute weniger Planeten als die Astronomie seit langem nachgewiesen hat, während gleichzeitig die beiden Planeten „Rahu“ und „Ketu“ zwar wichtig sind, aber bis heute weiß niemand, wo sie existieren. Dennoch werden sie in Zukunft dazu beitragen, eine obskurantistische und fundamentalistische Weltanschauung zu propagieren (vgl. *Frontline*, 25.05.2001, und *Hindustan Times*, 23.05.2001).

An diesen Beispielen der Ideologiebildung wird deutlich, dass der Hindunationalismus weniger eine religiöse als vielmehr eine politische Bewegung darstellt. Innerhalb dieser Bewegung ist die Zahl derjenigen, die Religion zu einem Instrument der Politik umzufunktionieren versuchen, weitaus größer als die Zahl derjenigen, die eine umgekehrte Intention verfolgen. Obwohl auch in Indien und im Hinduismus bedeutende Traditionen von Toleranz, Wissenschaft und Offenheit des Glaubens zu finden sind, operieren die Hindunationalisten bevorzugt mit vereinfachten Formeln und Feindbildern. Was den Hindunationalisten immer wieder vorgeworfen wird, ist das fortwährende Ignorieren, Umdeuten und sogar Leugnen von sozialen Konflikten. Zwar beanspruchen sie, auf der nationalen politischen Ebene als „säkulare Partei“ zu gelten, doch können sie offensichtlich den meisten ethnischen und religiösen Konflikten auf lokaler Ebene nicht entgegenwirken. Viele der existierenden sozialen Konflikte stehen deshalb in kras-

sem Widerspruch zu den fortwährenden Umdeutungsversuchen von Seiten der Regierung.

■ **Ideologiebildung und Erziehungsdiktatur: Die Hinduisierung des Erziehungswesens**

Die Einführung von Astrologie und vedischem Ritualismus sind derzeit nicht die einzigen Versuche der von der BJP geführten Regierung und speziell von Kultusminister Joshi, die „Hinduisierung“ Indiens voranzutreiben. Eine Welle von Protesten haben die neuen Rahmenrichtlinien ausgelöst, die das National Council for Educational Research and Training (NCERT) Mitte November 2000 für sämtliche Grund- und weiterführenden Schulen verkündet hat. Mit chauvinistischer Emphase wird darin die Überlegenheit der indisch-hinduistischen Tradition und Kultur gegenüber anderen gepriesen. Das neue Curriculum brandmarkt das Bemühen des indischen Erziehungswesens um religiöse Neutralität als falsch verstandenen Säkularismus. Zu lange habe man versucht, Religionsunterricht ganz aus den Schulcurricula herauszuhalten und allenfalls eine allgemeine Religionskunde unterrichtet. Demgegenüber fordert das neue Dokument die Einführung von Religionsunterricht für alle Altersstufen. Seine Kritiker befürchten jedoch, dass damit der Anspruch auf Neutralität preisgegeben wird und außer dem Hinduismus nur noch die Religionen angemessen zur Geltung kommen, die – wie der Buddhismus, der Jainismus oder der Sikhismus – ohnehin vom Hinduismus absorbiert werden (*The Hindu*, 29.04.2001).

Diese Befürchtung stützt sich vor allem auf die Tendenz des Dokuments, das kulturelle Erbe Indiens fast ausschließlich hinduistisch zu interpretieren, was Kritiker als *saffronisation drive* bezeichnen. Safrangelb ist die Farbe des religiösen Hinduismus, und *saffronisation* ist ein Begriff, der seit einigen Jahren immer häufiger in den Medien auftaucht. Er ist Teil der Kritik am politischen Hindunationalismus und beschreibt dessen Bemühungen, nicht nur Indiens Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit des Landes safrangelb zu färben. Damit soll eine Homogenität erzeugt werden, die es in der Wirklichkeit nicht gibt und nie gegeben hat. Dies wird in dem neuen Curriculum vor allem an dem ständig wiederholten idyllischen Bild des ländlichen Indien deut-

lich. Hier herrschen Selbstgenügsamkeit und Bescheidenheit. Es gibt keine Unterdrückung von Frauen, keine Gewalt von Seiten der Großgrundbesitzer und das Kastensystem gewährt dem Ganzen Stabilität und Frieden.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn in dem neuen Dokument betont wird, dass die Bedeutung, die bisher der Geschichtswissenschaft eingeräumt worden sei, „substanziell reduziert“ werden müsse. Die Wertschätzung der Geschichtswissenschaft habe in der Vergangenheit lediglich dazu beigetragen, den Einfluss fremder Kulturen überzubetonen und die „indigenen“ Elemente zu vernachlässigen. Zwar wurde die neuere Geschichte Indiens vor allem durch drei Jahrhunderte muslimischer Herrschaft und etwa zwei Jahrhunderte starken britischen Einflusses geprägt, doch sollen von jetzt an primär Gandhi und Tagore, Aurobindo und J. Krishnamurthy als *native thinkers* unterrichtet werden. Außerdem sei in der Vergangenheit der eurozentrischen Perspektive zu viel Bedeutung beigemessen worden. Es sei „irrelevant“, dass Europäer Amerika oder den Seeweg nach Indien entdeckt hätten. Stattdessen sei es die Aufgabe der Sozialwissenschaften, die heutige Bedeutung Indiens im Zuge der Globalisierung sowie das Leitmotiv des *being an Indian* stärker herauszustellen (*Frontline*, 11.05.2001).

Die einzige Altertumswissenschaft, der Beachtung geschenkt wird, ist das Studium des Sanskrit, dem eine eigene Sektion in dem Dokument gewidmet ist. Sanskrit sei nicht nur die Sprache der indischen Feste, sondern auch derart klar und logisch strukturiert, dass es für die Benutzung von Computern vorteilhaft sei. In diesem Kontext kommen aber auch Yoga und vedische Mathematik sowie wiederum Astrologie und der vedische Ritualismus zur Geltung. Das rituelle Bad im Ganges – zu einem von Astrologen festgelegten Zeitpunkt – kann demnach von Sünden befreien, und bestimmte okkulte Handlungen können für die Geburt eines Sohnes statt eines Mädchens den Ausschlag geben. Ob diese Lerninhalte das kritische Bewusstsein der künftigen Generation stärken, wird allerdings in den Medien bezweifelt (*The Hindustan Times*, 18.12.2000).

Um dem Anspruch an Wissenschaftlichkeit gerecht zu werden, operiert der Text mit drei Begriffen, die

das relativ breite Spektrum unterschiedlicher Ansprüche zusammenhalten sollen. Neben dem bekannten Begriff eines *Intelligence Quotient* (IQ) rangieren gleichrangig der *Emotional Quotient* (EQ) und der *Spiritual Quotient* (SQ), als ob es sich um etablierte Konzepte handle. Diese Gleichsetzung führe letztlich, so Kritiker, zu einem „System edukativer Apartheid“. Geht es nach den neuen Rahmenrichtlinien, soll anstelle der kulturellen Vielfalt nur noch *eine* Kultur in Erscheinung treten, statt zahlreicher Sprachen jetzt Hindi der Vorrang eingeräumt und die säkularistischen Traditionen des Landes hinduistisch untermauert werden. Im Sprachunterricht sollen Hindi und Sanskrit gegenüber den zahlreichen Regionalsprachen des Landes aufgewertet werden. Und schließlich soll die „Liebe zum Vaterland“ zum Bestandteil aller Unterrichtseinheiten werden (*The Hindu*, 9.01.2001 und *Frontline*, 27.04.2001).

Gleichzeitig mit den neuen Rahmenrichtlinien stellten die beiden Repräsentanten des NCERT, der Direktor J. S. Rajput und M. K. Kaw eine neue Zeitschrift vor, das *Journal of Value Education*. Hierin findet sich in nuce die Philosophie hindunationalistischer Pädagogik. „EHV“, („Education in Human Values“) lautet das neue Akronym, das die künftige Generation vor allen Übeln der Globalisierung bewahren soll. Das neue Journal verlangt die Einführung eines hinduistisch geprägten Religionsunterrichts und warnt explizit vor den sogenannten Buchreligionen, die dem Land bisher angeblich den „größten Schaden“ zugefügt haben. Die beiden damit gemeinten Religionen, der Islam und das Christentum, werden namentlich nicht genannt, aber es wird betont, dass das „gesamte Prozedere abgeschafft“ werden müsse, welches in der Vergangenheit Konversionen ermöglicht habe.

Das neue Dokument wird in den Medien nicht nur fachlich, sondern vor allem auch politisch kritisiert. Die zentrale Frage ist dabei, was für das kulturelle Erbe Indiens konstitutiv ist und wie es unterrichtet werden soll. Während frühere Rahmenrichtlinien für ihre religiöse Neutralität und ihren Respekt vor der kulturellen Vielfalt des Landes geschätzt wurden, steht dieses Dokument in dem Ruf, nicht das Ergebnis einer sachlichen Diskussion, sondern einer Direktive zu sein. In fast allen Medien ist von einem *saffron*

curriculum die Rede, das den kulturellen Errungenschaften des unabhängigen Indien Hohn spricht. Es steht zu erwarten, dass dieses Thema sicherlich noch geraume Zeit die Gemüter beschäftigen wird.

■ Gibt es einen spezifisch hindunationalistischen „Säkularismus“?

Es ist bereits mehrfach erwähnt worden, dass die BJP beansprucht, eine „säkulare Partei“ zu sein. Dieser Anspruch weist auf einen Kernbereich des politischen Selbstverständnisses in Indien hin, in dem die BJP noch immer um Anerkennung ringt. Angesichts einer in so starkem Maße religiösen Gesellschaft wie der indischen kann es nicht verwundern, dass auch eine zunächst anti-religiös erscheinende Ideologie wie der Säkularismus sehr leicht einen religiösen Charakter bekommt. Laut T. N. Madan liegt eine gewisse Ironie darin, dass selbst der Säkularismus in Indien zu einer religiösen Idee geworden sei, die primär die Bedeutung der Religion unterstreiche, und zwar nicht nur für die Privatsphäre, sondern vor allem im öffentlichen Leben.²⁾ Deshalb verwendet die BJP große Mühen darauf, ihre gesellschaftspolitischen Ziele als „säkularistisch“ zu deklarieren. Dies gelingt ihr, indem sie alle problematischen Fragen auf einen formalen Kern reduziert und dabei inhaltliche Aspekte weitgehend ausklammert, wie es vor allem am Beispiel des neuen Schulcurriculums deutlich geworden ist. Unausgesprochen bleibt dabei die Erwartung, dass die Entscheidungen über die inhaltlichen Aspekte dann zu einem gegebenen späteren Zeitpunkt in ihrem Sinne getroffen werden können.

In der Praxis führt dieses Vorgehen zu einer gezielten Ausgrenzung der religiösen Minderheiten: an erster Stelle der Muslims, dann der Christen und schließlich auch der indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich nicht direkt vom Hinduismus vereinnahmen lassen. Gleichzeitig kann sich die BJP als die verantwortungsbewusste und moderate Spitze einer politischen Bewegung präsentieren, deren radikale Basis sich häufig keine Zurückhaltung auferlegt. Brenda Cossman und Ratna Kapur haben dieses Vorgehen sehr treffend als eine politische „Strategie bezeichnet, den Säkularismus für die eigenen, äußerst un-säkularen Ziele in Besitz zu nehmen“.³⁾ Die beiden Juristinnen weisen anhand zahlreicher Beispiele

2) T. N. Madan, *Modern Myths, Locked Minds – Secularism and Fundamentalism in India*, Delhi 1997, S. 279.

3) Brenda Cossman und Ratna Kapur, *Secularism's Last Sigh? Hindutva and the (Mis) Rule of Law*, New Delhi 1999, S. 4.

nach, wie sehr dieses Vorgehen im Widerspruch steht zum ursprünglichen Verständnis von Säkularismus in der indischen Verfassung, das auf der Gleichwertigkeit von Glaubensinhalten, auf Religionsfreiheit und auf Toleranz basiert.

Die Kontroversen um das Verständnis von Säkularismus in Indien sind mindestens so alt wie dieser konstitutionelle Anspruch.⁴⁾ Seit der erste Satz in der Präambel der indischen Verfassung 1976 um die beiden Attribute *socialist* und *secular* ergänzt und Indien damit zu einer *sovereign socialist secular democratic republic* erklärt worden ist, hat es um die Auslegung dieses Kernsatzes ungezählte Meinungsverschiedenheiten gegeben. Einige kritische Stimmen behaupten sogar, dass das Image des Säkularismus in Indien für die Zeit, bevor ihm Verfassungsrang eingeräumt wurde, wesentlich besser war als seitdem. In der immer umfangreicher werdenden Literatur spiegelt sich durchgehend die Frage wider, wieviel abstrakte, konstitutionelle Religionsneutralität einer derart religiösen, aber zugleich auch multi-religiösen Gesellschaft wie der indischen von Seiten des Staates zugemutet werden kann. Worin liegt immer wieder das Besondere der sozialen, ethnischen und oft nur vordergründig religiösen Konflikte, die die Entwicklung des Landes seit langem begleiten und prägen?

Es gibt mehr und mehr Stimmen in Indien, die den Versuch, Säkularismus religionsneutral zu definieren, als rechtsphilosophischen West-Import brandmarken. Die beiden bekanntesten Kritiker in diesem Zusammenhang sind T. N. Madan und Ashis Nandy. Beide wollen keineswegs der BJP das Wort reden, doch geben sie zu bedenken, ob nicht angesichts der sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen in Indien versucht werden sollte, das Verständnis von Säkularismus zu „indigenisieren“. Sie halten es für kontraproduktiv, religiöse Anliegen um des Säkularismus willen zu ignorieren. Wie soll jedoch diese „Indigenisierung“ gelingen, ohne dadurch Öl ins Feuer der BJP zu gießen? Partha S. Ghosh versucht diese Gratwanderung, indem er auf der einen Seite Madan und Nandy zustimmt, auf der anderen aber betont, dass dies nicht zu einer Vereinnahmung der Minderheiten führen dürfe.⁵⁾

Viel vom Aufstieg des Hindunationalismus im Allgemeinen und der BJP im Besonderen wird besser

4) Sehr gut hierzu: Rajeev Bhargava, *Secularism and its Critics*, OUP, 550 Seiten, Delhi 1998.

5) Partha S. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism*, S. 207f.

6) Ashis Nandy u. a., *Creating a Nationality. The Ramjanmubhumi Movement and the Fear of the Self*, Delhi 1997.

verständlich, wenn es – wie Ashis Nandy⁶⁾ dies tut – als Teil der Suche der Inder nach ihrer eigenen Identität interpretiert wird. Der erste Schritt zum Verständnis dieser Identitätsbildung ist, dass das meiste sowohl im äußeren Erscheinungsbild des Landes als auch in seinem Verständnis der vergangenen Jahrhunderte als Fremdidentität empfunden und beschrieben wird – zunächst lange Zeit die der Moguln, dann die der Briten und heute die des Westens allgemein. Demgegenüber sind alle Werte, die von den Hindunationalisten propagiert werden, solche des eigenen Landes – *of Indian soil*, wie es in den Pamphleten der *Hindutva* heißt. Darin werden die Anhänger aufgefordert, diese vermeintlichen Wurzeln wiederzuentdecken, zu bekennen und zu behaupten. Die meisten Kritiker des Hindunationalismus stimmen darin überein, dass das Orientierungsdefizit vieler Inder heute größer ist als je zuvor und es so gut wie keine säkularen Kräfte mehr gibt, die auf diesem Feld dem Hindunationalismus sinngebend etwas entgegensetzen haben (vgl. *The Hindu*, 4., 11. und 18.02.2001).

Für die meisten Entscheidungsträger in Indien stellt der Säkularismus, wie er in der Präambel der Verfassung verankert ist, die notwendige und unverzichtbare Bedingung zur Überwindung der zahlreichen religiösen Konflikte und Spannungen im Land dar. Demgegenüber nimmt die BJP eine sehr ambivalente Haltung ein. Auf der einen Seite beansprucht sie, selber eine *secular party* zu sein, um damit bestimmte Positionen besser besetzen zu können. Es hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Gerichts- und auch Verfassungsgerichtsurteile gegeben, die zu diesem Säkularismusanspruch des Hindunationalismus unterschiedlich Stellung bezogen haben. Auf der anderen Seite verurteilt zum Beispiel das neue Schulcurriculum den *fundamentalism of secularism*, insofern dieser die Verwendung religiös begründeter Werte in der Politik einschränkt.

Die Zerstörung der Babri-Moschee scheint das Einigkeitsgefühl unter den Hindunationalisten außerordentlich gestärkt zu haben. Seitdem hat sich aber auch das Bemühen verstärkt, die religiösen Minderheiten zu majorisieren. Kurz nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Dezember 1992 hatte der derzeitige Innenminister L. K. Advani erklärt, dass „all

of us will be Hindus“ und dass auch Allah und Jesus problemlos in die lange Reihe der Gottheiten aufgenommen werden könnten. Den religiösen Minderheiten Sonderrechte einzuräumen, wie es traditionell die Congress-Partei immer wieder getan hat, wird von den Hindunationalisten als *minorityism* gebrandmarkt und mit *pseudo-secularism* gleichgesetzt. Der heutige Kultusminister und damalige Ministerpräsident von Maharashtra, Murli Manohar Joshi, erklärte 1995 in einer grandiosen Verschleierungstaktik, dass es die Begriffe „Minorität“ und „Majorität“ überhaupt gar nicht gebe, da alle gebürtigen Inder – wie die rechtsradikale Shiv Sena immer betont – *sons of the soil* seien.⁷⁾

Die säkularistischen Traditionen des unabhängigen Indien zielen nicht darauf ab, die Religionen zu negieren oder den einzelnen seiner religiösen Bindungen zu berauben. Ihr Ziel war und ist es, diese persönlichen Bindungen als für den Staat bedeutungslos zu bewerten und ihren Einfluss auf das öffentliche Zusammenleben der Menschen einzuzugrenzen. In der Interpretation der *Hindutva* führte dieser Säkularismus in der Vergangenheit dazu, die Religionen als solche in die Bedeutungslosigkeit zu drängen. Demgegenüber soll jetzt als oberster Grundsatz gelten: *sarva dharma sambhav* (alle Religionen sind möglich), wie es auch im jüngsten Schulcurriculum formuliert wird. Unter dieser Prämisse ist es dann leichter, die Religion und den Religionsunterricht wieder aufzuwerten, aber es ist auch leichter, – was mehr und mehr geschieht – die Dominanz des Hinduismus durchzusetzen, massiv hinduistische Tempel zu bauen und Minderheitenreligionen zu vereinnahmen (*The Hindustan Times*, 28.04.2001).

Das Verständnis von Säkularismus in der indischen Verfassung ist formuliert aus der Sicht des Staates. Wenn demgegenüber die *Hindutva* sich als säkularistisch bezeichnet, tut sie dies aus der Sicht des Individuums. Die Betonung der sozialen und moralischen Werte und der entsprechenden Werteerziehung in der *Hindutva* basieren auf der Prämisse, dass der Staat und mit ihm der ältere Säkularismus nicht in der Lage sind, solche Werte hervorzubringen und zu vermitteln, wie die Religionen dies können. Der Tatsache, dass unterschiedliche Religionen durchaus unterschiedliche Werte propagieren können,

7) Zitiert in: Partha S. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism*, S. 393.

wird keine weitere Beachtung geschenkt. Ist erst einmal die Schlüsselfunktion der Religion etabliert, wird die Dominanz des Hinduismus offensichtlich als die natürliche Folge betrachtet. Denn der Religionsunterricht in staatlichen indischen Schulen wird von staatlich bestellten Lehrern erteilt und nicht von Vertretern der jeweiligen Religionsgemeinschaften (*The Hindu*, 24.03.2001).

■ Tradition versus Moderne: Perspektiven am Beginn des 21. Jahrhunderts

Swadeshi, der Schlachtruf der *Hindutva* zur Hinduisierung Indiens, mag der BJP Anfang der neunziger Jahre viele Stimmen beschert haben; am Ende des Jahrhunderts verdankte sie den größten Teil ihrer Unterstützung vor allem ihren wirtschaftlichen, aber auch ihren außenpolitischen Erfolgen, nicht ihrer Innenpolitik. Die fortschreitende Liberalisierung und Öffnung der indischen Wirtschaft, ihre Aufgeschlossenheit für den Prozess der Globalisierung und die beginnende Privatisierung in vielen Bereichen werden heute mit der Wirtschaftspolitik der BJP assoziiert. Daher werden hier die aussichtsreichsten Perspektiven für die kommenden Jahre gesehen (*The Hindu*, 27.05.2001).

Es kann kaum verwundern, dass ihr größtes Wählerpotenzial inzwischen nicht mehr von der RSS mobilisiert werden muss, sondern ihr aus den Reihen der rasch wachsenden indischen Mittelklassen zuwächst. Denn der Aufstieg der BJP in den vergangenen zehn Jahren ging nicht nur einher mit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes, sondern auch mit dem raschen Anwachsen einer breiten Mittelschicht, die inzwischen auf 160 bis 180 Millionen geschätzt wird. Während die BJP ständig neue und zunehmende Unterstützung aus den Kreisen dieser Mittelschicht findet, scheint umgekehrt ihr ideologischer Einfluss auf diesen Teil der Bevölkerung gering geblieben zu sein. Die neue Mittelklasse ist weder an antiken Mythen noch an pseudo-wissenschaftlicher Erziehung interessiert. Sie ist professionell, weltoffen und karriereorientiert. Zwar hat für sie die Religion wieder eine relativ große persönliche Bedeutung, aber sie sollte nicht zum Gegenstand politischer Konflikte und gewalttätiger Auseinandersetzungen gemacht werden (*The Hindu*, 5. und 20.02.2001).

Die Mehrheit der indischen Mittelklasse unterstützte in den achtziger Jahren die Congress-Regierung unter Rajiv Gandhi. In den folgenden zehn Jahren wechselte der größte Teil von ihnen zur BJP, und zwar sowohl aus einer Anti-Haltung gegenüber dem Congress als auch aufgrund ihrer Suche nach einer neuen Identität. Viele politische Fragen, die der Congress pragmatisch behandelt hatte, schienen jetzt programmatisch entschieden zu werden. Außerdem schien die BJP wesentlich stärker das eigene Bedürfnis nach Geltung zu bestärken – sowohl national als auch international. Die BJP betonte Sicherheitsaspekte im materiellen und die Notwendigkeit religiöser Bindungen im spirituellen Bereich. Sie trat an mit dem Überlegenheitsgefühl, wie es traditionell den Oberkasten eigen war (*The Hindu*, 10. und 23.01.2001).

Die neue Mittelklasse hat maßgeblich den ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel der neunziger Jahre geprägt. Sie hat ebenso auf eine Liberalisierung und Öffnung der Märkte gedrängt wie auf eine Professionalisierung der Politik. Ihr Hauptinteresse ist auf den eigenen beruflichen Erfolg und auf steigendes Einkommen gerichtet. Ihre Aufmerksamkeit in der hierarchisch strukturierten indischen Gesellschaft orientiert sich ausschließlich nach oben, aber nicht nach unten. Ihre Geringschätzung, ja teilweise sogar Verachtung der Armut in Indien liegt deutlich über dem Durchschnitt. Aus all diesen Gründen ist die BJP für diese neue indische Mittelklasse eine attraktive Partei, deren hindunationalistisches Etikett von vielen ignoriert wird. Die Bedeutung dieser Wählerschichten – darin stimmen politische Beobachter überein – wird wahrscheinlich noch wachsen und zweifellos die moderaten Kräfte in der BJP weiter stärken. Ob sie dabei gleichzeitig den Gesamtcharakter der *Hindutva* zu ändern vermögen, bleibt abzuwarten.